

Schlechter Frieden oder gar kein Staat?

Libyen ist nicht mehr nur eine Tragödie nach dem Arabischen Frühling, sondern ein Glaubwürdigkeitstest für die multilaterale Diplomatie. Was steht diesem von der NATO zerrissenen Staat Jahre nach der Ermordung seines Führers bevor?

4. Juni 2025 | Mustafa Fetouri

Seit der Verabschiedung der Resolution [1973](#) durch den UN-Sicherheitsrat im März 2011, mit der die internationale Intervention während des Aufstands gegen Muammar Gaddafi gebilligt wurde, hat Libyen einen Zusammenbruch erlebt, der in Nordafrika seinesgleichen sucht. Vierzehn Jahre später ist das Land nach wie vor zersplittert, chaotisch und steckt in einer „Übergangsperiode“ mit offenem Ende fest, die nie zu enden scheint. Die siebenmonatige, rund um die Uhr andauernde Bombardierung des Landes durch die NATO unter dem Vorwand, die Zivilbevölkerung zu schützen, hat Libyen in Schutt und Asche gelegt.

Bislang haben die Vereinten Nationen zehn Sonderbeauftragte entsandt, 44 Resolutionen verabschiedet, mehrere Friedenskonferenzen einberufen und Hunderte von Millionen Dollar ausgegeben. Alle Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, die nach Kapitel VII der UN-Charta verabschiedet wurden und damit für die Mitgliedstaaten verbindlich sind, wurden jedoch vor Ort nicht wirksam umgesetzt. Libyen bleibt ein abschreckendes Beispiel: Zwei rivalisierende Regierungen, ein Flickenteppich von Milizen, ausländische Einmischung auf allen Ebenen und kein wirklicher Weg zu einem funktionierenden, vereinten Staat.

Trotz wiederholter Versprechen, das Land zu Wahlen für ein Parlament, einen Präsidenten und eine einheitliche Regierung zu führen, sind seit den letzten Wahlen im Jahr 2014 alle wichtigen Initiativen gescheitert. Der UN-Unterstützungsmission in Libyen (UNSMIL) wird nun vorgeworfen, die Krise nicht zu lösen, sondern sie stattdessen zu verwalten. Kritiker argumentieren, dass die Mission zu einer diplomatischen Warteschleife geworden ist, die Obstruktionisten entgegenkommt, anstatt sie aus dem Weg zu räumen.

Tripolis brennt wieder

Nichts verdeutlicht das anhaltende Versagen der UNO besser als der jüngste Ausbruch von Gewalt in Tripolis. Am 12. Mai [gerieten](#) zwei mächtige regierungstreue Milizen in einer zweitägigen Schlacht aneinander, die über 100 zivile Opfer und mindestens acht Tote forderte. Ausgebrannte Autos und Trümmer lagen in den Straßen der Hauptstadt verstreut.

Auslöser war die Ermordung von Abdel Ghani al-Kikli, bekannt als „Gheniwa“, durch die rivalisierende Brigade 444. Gheniwa, der den Stabilitätsunterstützungsapparat (SSA) leitete, geriet während einer angeblichen Vermittlungssitzung in einen Hinterhalt.

Sowohl die SSA als auch die Brigade 444 wurden vom ehemaligen Premierminister Fayez el-Sarraj durch separate [Erlasse](#) geschaffen. Zu den Aufgaben der SSA gehörten der Schutz von Regierungs-

gebäuden, der Personenschutz für Regierungsbeamte und die Kontrolle der öffentlichen Unzufriedenheit. Die Brigade 444 war eher als disziplinierte Kampfeinheit unter der Leitung von Oberst Mahmoud Hamza, einem Berufsoffizier, gedacht. Ursprünglich war sie eine kleine Einheit innerhalb einer größeren Miliz, der so genannten Special Deterrence Force.

Gheniwa war jedoch mehr als nur ein Milizkommandant: Er leitete praktisch einen Parallelstaat und dehnte seinen Einfluss auf den libyschen Sicherheitsapparat, die Zentralbank, das Außenministerium und die Regierung im Süden Tripolis' aus.

Die UNO verurteilte die Kämpfe wie immer und rief zur Ruhe auf, hatte aber sonst wenig zu bieten. Das Chaos unterstrich, was viele Libyer bereits wussten: Tripolis ist ohne Gheniwa nicht sicherer und der Staat hat die bewaffneten Milizen nicht unter Kontrolle.

Dies ist seit der NATO-Intervention von 2011 der Fall, die den libyschen Staat praktisch lahmgelegt hat, und nun hat die UNO ihren Einfluss auf den [Friedensprozess](#) verloren.

Zehn Gesandte, null Durchbrüche

Von Abdel Elah al-Khatib im Jahr 2011 bis zu Abdoulaye Bathily im Jahr 2024 haben alle UN-Gesandten die libysche Bühne verlassen, ohne ihren Auftrag erfüllt zu haben.

Einige haben mutige Schritte unternommen. Bernardino Leon vermittelte 2015 das Skhirat-Abkommen, das zu einer De-facto-Verfassung in einem Land wurde, das noch immer keine hat. Das Abkommen ist der offizielle, von den Vereinten Nationen sanktionierte Bezugsrahmen für alle politischen Bemühungen der UNSMIL. Ghassan Salame, der das Amt fünf Jahre nach Leon übernahm, leitete den Berliner Prozess 2020, der Leons Arbeit weiter stärkte und den Fahrplan lieferte, der zur Bildung der gegenwärtigen Regierung der Nationalen Einheit (GNU) führte, die noch heute im Amt ist.

Doch jeder Fahrplan führte schließlich in eine Sackgasse: Lokale Akteure wehrten sich gegen Kompromisse, ausländische Akteure setzten ihre eigene Agenda durch, und die Übergangsbehörden behielten die Macht.

Bathily, ein senegalesischer Diplomat, trat im April 2024 abrupt zurück, nachdem ein Vorschlag des Hohen Lenkungsausschusses, sich auf einen Fahrplan für das Land zu einigen, von fast allen rivalisierenden Gruppen und politischen Einheiten des Landes, einschließlich des Repräsentantenhauses in Tobruk und des Hohen Staatsrats (HSC) in Tripolis, abgelehnt wurde. In seinem Rücktrittsschreiben beklagte er einen „Mangel an politischem Willen und gutem Glauben“ unter den libyschen Führern und warnte davor, dass ausländische Einmischung Libyen in einen „Spielplatz für heftige Rivalitäten zwischen regionalen und internationalen Akteuren“ verwandelt habe.

Sein Rückzug hinterlässt die UNO mit einem Glaubwürdigkeitsproblem.

Wer wird alle Akteure in einem Raum versammeln?

Jetzt wendet sich die UNO an die ghanaische Diplomatin [Hannah Tetteh](#) – die frühere Leiterin des UN-Büros bei der Afrikanischen Union –, was einige als einen Schwenk hin zu einer afrikanisch geführten Legitimität ansehen. Kritiker früherer Bemühungen argumentieren seit langem, dass die Zukunft Libyens nicht allein von europäischen oder Golfmächten gelenkt werden sollte.

Tetteh hat es nicht leicht. Vor ihrer Ernennung hatte die amtierende UN-Sonderbeauftragte Stephanie Koury mit der Einsetzung eines 20-köpfigen Beratenden Ausschusses für Libyen einige Vorarbeiten geleistet. Am 20. Mai legte der Ausschuss einen [Bericht](#) vor, in dem vier mögliche politische Wege skizziert wurden:

1. Abhaltung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen und anschließendes Verfassungsreferendum;
2. zunächst Parlamentswahlen, gefolgt von einem Referendum zur Verabschiedung einer ständigen Verfassung und dann Präsidentschaftswahlen;
3. Umkehrung des Prozesses: Erst eine Verfassung verabschieden, dann Wahlen abhalten;
4. einen völligen Neuanfang machen und einen neuen nationalen Dialog und Fahrplan im Konsens einleiten.

Jeder dieser Wege erfordert die Zustimmung der, wie libysche Beobachter sie nennen, „Fünf Teufel“ – der wichtigsten innenpolitischen Störer: Aguila Saleh, Sprecher des Repräsentantenhauses in Tobruk; Khaled al-Mishri, Leiter des HSC in Tripolis; Feldmarschall Khalifa Haftar und seine Streitkräfte im Osten; Premierminister Abdul Hamid Dbeibah und die Regierung der Nationalen Einheit; der dreiköpfige Präsidentenrat in Tripolis.

Bathily versuchte, diese Akteure in einem Raum zu versammeln. Das ist nie geschehen. Und dieses Versäumnis besiegelte sein Schicksal mehr als jeder politische Fehltritt.

Die internationale Gemeinschaft bezeichnet diese Akteure oft als „Interessenvertreter“. In Wahrheit sind sie die Hüter des Chaos. Wahlen bedrohen ihre gefestigte Macht und ihren Zugang zu staatlichem Reichtum. Je länger die Verzögerung andauert, desto mehr profitieren sie davon.

Viele dieser Gruppierungen fungieren jetzt als Stellvertreter für ausländische Mächte. Ägypten, die Türkei, Frankreich, Russland, die USA und in geringerem Maße auch Katar unterstützen alle unterschiedliche Seiten. Ihre Interessen stimmen selten mit den demokratischen Bestrebungen der einfachen Libyer überein.

Innenpolitische Führer sprechen in der Öffentlichkeit vom Frieden, während sie ihn hinter verschlossenen Türen behindern. Dbeibahs GNU hat öffentlich die Wahlen begrüßt, während sie angeblich staatliche Mittel zur Unterstützung von Kundgebungen, zur Unterdrückung abweichender Meinungen, zur Finanzierung nominell verbündeter Milizen und zur Sabotage der Wahllogistik verwendet.

Letzten Monat lud das Parlament in Tobruk [14 Männer](#) ein, ihre Manifeste für das Amt des neuen Premierministers der Einheitsregierung in Libyen vorzulegen. Die Kammer scheint jedoch zu zögern, da sie befürchtet, dass die neue Regierung von der UNO nicht anerkannt wird, da sie nicht in der Lage sein wird, Dbeibahs GNU friedlich aus dem Machtzentrum in der Hauptstadt Tripolis zu verdrängen.

Dieses Szenario wird wahrscheinlich zu Gewalt in Tripolis und vielleicht auch in anderen Teilen des geteilten Landes führen. Die UNSMIL hat sich noch nicht zu den parlamentarischen Diskussionen geäußert, aber hinter den Kulissen unterstützt sie diesen Schritt nicht, da sie die Folgen und potenziell destabilisierenden Auswirkungen fürchtet.

Vom Vermittler zum Manager

Kritiker bemängeln, dass die UN-Mission von der Suche nach einer Lösung zur Verwaltung der Stagnation übergegangen ist. Das Mantra einer „von Libyen geführten Lösung“ ist faktisch zu einer Entschuldigung für Untätigkeit geworden. Indem sich die Mission weigert, die Konfliktverursacher direkt zu konfrontieren, läuft sie Gefahr, genau die Eliten zu legitimieren, die den Fortschritt blockieren.

Ein libyscher Analyst, der sich anonym äußerte, beschrieb die UNSMIL als „einen Concierge-Service für die Krise“, der endlose Foren und Kommunikés veranstaltet, während die Durchschnittsbürger Armut, himmelhohe Lebenshaltungskosten, Inflation und zusammenbrechende Dienstleistungen ertragen müssen. Grundlegende Institutionen – ein einheitliches Militär, ein funktionierendes Justizwesen und ein Staatshaushalt – bleiben ein Wunschtraum.

Und dann, wie ein Uhrwerk, bricht in Tripolis die Gewalt aus.

Eine Bewährungsprobe für die UN

Wie sieht der Plan B der UNO aus, wenn Tettehs Mission wie die anderen scheitert? Es gibt keinen offiziellen Ausweichplan, aber Diplomaten diskutieren im Stillen drei kontroverse Optionen:

1. Eine internationale Treuhänderschaft nach Kapitel VII, die Libyen faktisch wieder unter internationale Teilaufsicht stellt. In Wirklichkeit bedeutet diese Option, dass das Land auf unbestimmte Zeit unter UN-Treuhandschaft gestellt wird, mit einer Art Generalgouverneur, der von den Vereinten Nationen ernannt wird – was praktisch die Unabhängigkeit und Souveränität Libyens beendet.
2. Aggressive Sanktionen gegen Verderber: Einfrieren von Vermögenswerten, Reiseverbote und Kampagnen, in denen Namen genannt und beschämt werden. Der UN-Sicherheitsrat kennt über den Sanktionsausschuss die Störer, sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure, hat aber in seinen Resolutionen nie wirklich die Befugnis erhalten, wirksame Strafmaßnahmen gegen sie zu ergreifen.
3. Eine Machtaufteilung nach dem Vorbild des [Dayton-Abkommens](#), das das Land in kleine, zerstrittene Kantone unter einem schwachen dreiköpfigen Präsidium aufteilt, das sich kaum auf etwas einigen kann. Dies würde die Spaltungen verfestigen, aber einen Rahmen für den allmählichen Aufbau eines Staates schaffen.

Die Option Bosnien ist nach wie vor sehr umstritten. Aber wie ein europäischer Diplomat mit Sitz in Tripolis, der unter der Bedingung der Anonymität sprach, sagte: „Besser ein schlechter Frieden als gar kein Staat.“

Libyen ist nicht mehr nur eine Tragödie nach dem Arabischen Frühling – es ist ein Glaubwürdigkeitstest für die multilaterale Diplomatie. Vierzehn Jahre voller nicht eingehaltener Fristen, auf Eis gelegter Pläne und gescheiterter Wahlen haben nicht nur die Libyer, sondern auch die internationale Gemeinschaft desillusioniert.

Hannah Tettehs Aufgabe ist es, das zu tun, was neun andere nicht geschafft haben: Die Absprachen zwischen den Eliten zu stören, ausländische Manipulationen zu überwinden und dafür zu sorgen, dass Wahlen mehr sind als nur Linien in einem Genfer Kommuniké.

Ihr Erfolg oder Misserfolg wird nicht nur über die Zukunft Libyens entscheiden, sondern auch über das Erbe der längsten UN-Mission nach dem Irak-Konflikt.